

tiven sich nicht so verfestigen, dass gesamtgesellschaftlich nur noch eine kulturelle Polarisierung betrieben wird, die mit tatsächlichen Wertekonflikten weit weniger zu tun hat als mit den unterschiedlichen Interessen der unterschiedlichen Milieus.

Alle schauen sie auf die Stadt. Auf ihre Chancen, modernes Leben in der digitalen, globalisierten Moderne zu organisieren. Aber auch auf ihre gelegentliche Blindheit dem gesellschaftlichen Ganzen gegenüber. Solidarische Stadtpolitik muss die Chancen aufgreifen und Blindheit vermeiden. Und ein werteorientierter, nach wie vor städtisch geprägter Journalismus müsste sich weit bewusster als bisher der Borniertheit der städtischen Mittelschichten verweigern, die bislang die große gesellschaftliche Fortschrittsdebatte zu ihren eigenen Gunsten für erledigt hielten. Nein, diese Debatte geht jetzt erst richtig los. Sie handelt von Nation und Europa, von Offenheit und Heimat. Letztlich immer von der Chance, in Frieden unterschiedlich sein zu können, ohne um der eigenen Chancen willen zur Anpassung gezwungen zu sein. Überall im Land.



Richard Meng

ist Politikwissenschaftler, Autor und Beirat der NG/FH. Er war stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Sprecher des Senats von Berlin. Zuletzt erschien bei Schüren: *Wir schaffen es (nicht). Politik und Medien in der Selbstwertkrise.*

richard.meng@t-online.de

Andreas Geisel

Das Recht auf Stadt

Demokratie und öffentlicher Raum

Städte sind die Laboratorien des demokratischen Zusammenlebens. In ihnen kommen unterschiedliche Lebensweisen und Milieus zusammen. In den Städten erleben wir die Vielfalt der Kulturen. Anders als auf dem Land, wo sich in der Regel die Menschen persönlich kennen, begegnet man hier täglich dem unbekannten Anderen. Der Soziologe Walter Siebel bringt es auf den Punkt: »Die Stadt ist ein Ort, an dem Fremde leben«.

Die Begegnung mit dem Fremden erschließt uns das Neue. Gerade deshalb sind Städte auch Orte der Kreativität und der ungewöhnlichen Ideen. Zugleich fordert uns das Leben als Fremde unter Fremden auch heraus, eine Balance zwischen Öffentlichem und Privatem herzustellen. Fremdheit schützt uns vor Zudringlichkeit, Enge und Konformismus: Freiheit und Abenteuer als wichtige Teilaspekte urbanen Lebensgefühls wären ohne sie nicht denkbar. Doch Fremdheit kann auch Vereinzelung, Isolation und Angst begründen.

Wir brauchen daher eine Stadt, die den Reiz des Fremden im urbanen Leben erhält und zugleich persönliche Nahkontakte ermöglicht. Damit die Menschen sich ihrer Stadt verbunden und in ihr aufgehoben fühlen, brauchen sie Orte der Begegnung der Stadtgesellschaft – sie brauchen einen lebendigen öffentlichen Raum.

Im antiken Griechenland war der öffentliche Raum – der zentrale Versammlungs- und Marktplatz, die »Agora« –, neben seinen Funktionen als Ort des Gerichtes und des

religiösen Kults, zugleich auch das politische Zentrum der Polis. Heute scheint der öffentliche Raum der modernen europäischen Stadt zunächst weniger politisch aufgeladen. Doch auch wenn sich politische Debatten und Entscheidungen im Gegensatz zur Antike vielfach in die Medien bzw. die Parteien und Parlamente verlagert haben, ist der öffentliche Raum alles andere als unpolitisch. Er bildet die politische Verfasstheit einer Gesellschaft ab und reproduziert sie. Dies zeigt sich sehr deutlich am Umgang von Diktaturen mit dem öffentlichen Raum, deren stadtplanerischen Entwürfe vielfach auf Aufmarschflächen, auf Überwältigung und Marginalisierung des Individuums abzielen.

Anspruch auf Teilhabe im öffentlichen Raum

Es lohnt sich daher, über die Gestalt des öffentlichen Raums auch als Abbild lebendiger Demokratie nachzudenken. Und es lohnt sich, über den öffentlichen Raum insbesondere auch angesichts steigender Mieten, explodierender Grundstückspreise in den Städten und der starken ökonomischen Durchdringung der Lebensbereiche heutzutage nachzudenken. Während privatwirtschaftlich unterhaltene Shopping-Malls etwa meist auf exklusiven, verunsicherungsfreien Konsum abzielen, den sie unter anderem durch Überwachung und Sicherheitsdienste zu gewährleisten versuchen, bestehen im öffentlichen Raum andere Ansprüche auf Teilhabe. Im Gegensatz zum eingehegten privaten Raum der Einkaufszentren begegnen wir im öffentlichen Raum der wirklichen Stadt jenseits des privaten Hausrechts. Und zu dieser *wirklichen Stadt* gehören auch Obdachlose, Arme und Unterprivilegierte. Der öffentliche Raum der Stadt gehört allen. Jeder hat das Recht, sich in ihm zu bewegen und durch ihn am städtischen Leben teilzuhaben: Die Menschen haben ein »Recht auf Stadt« wie es, auf Henri Lefebvre zurückgehend, etwa bei der UN-HABITAT und der UNESCO diskutiert wird.

Ein demokratisch strukturierter öffentlicher Raum lässt uns Vielfalt und Differenz in der Stadtgesellschaft erleben. Dies bedeutet für den Einzelnen zugleich eine Zumutung und Ermutung. Der öffentliche Raum für alle fordert von uns die Fähigkeit zur Toleranz und zur Akzeptanz des Anderen, des Fremden. Und er lädt uns zugleich alle zur Teilnahme am städtischen Leben ein: Mit der Wort-Bild-Marke »be Berlin« markiert die aktuelle Hauptstadt-Kampagne in durchaus treffender Weise diesen offenen Charakter der Stadt.

Für einen demokratischen öffentlichen Raum bedarf es indes ausgrenzungsfreier Konzepte. Es gilt für ihn integrierte Stadträume zu schaffen und Segregation zu bekämpfen. Zudem besteht hinsichtlich seiner Gestaltung ein Anspruch auf demokratische Willensbildung.

Mitte der 60er Jahre noch hatte Alexander Mitscherlich auf die wachsende »Unwirtlichkeit unserer Städte« hingewiesen. Er analysierte die zunehmende Entmischung der Stadtfunktionen: Anstelle der integrierten Stadt wurden Gebiete des Wohnens, der Industrie und des Gewerbes, des Verkehrs, der Kultur und des Vergnügens geschaffen. Die Entmischung der Stadt erfolgte dabei auch nach sozialem Status der Bevölkerungsgruppen. Die Stadt als vielgestaltiger identitätsstiftender menschlicher Lebensraum wurde zergliedert, der Qualitäten des urbanen Lebens und des öffentlichen Raums zunehmend beraubt. Mitscherlich beschrieb das Entstehen hergestell-

ter statt gewachsener oder integriert entwickelter Quartiere. »Die gestaltete Stadt kann ›Heimat‹ werden, die bloß agglomerierte nicht, denn Heimat verlangt Markierungen der Identität eines Ortes«, so Mitscherlich. Wo jedoch keine Identifikation mit der Stadt mehr möglich ist, weil diese zergliedert und abstrakt geworden ist, verebbt auch der Wille zur Teilnahme an deren demokratischen Gestaltungsprozessen.

Dieses erneuernde, von Mitscherlich prominent vertretene Denken läutete einen Paradigmenwechsel in den stadtentwicklungspolitischen Debatten ein: Es bedeutete eine Abkehr von den Kahlschlagsanierungen durch Abriss und Neubau, von der Suburbanisierung und von den Konzepten der »autogerechten Stadt« der Nachkriegsjahre mit deren problematischen Folgen für den öffentlichen Raum.

»Kapitulation vor der hohen Kopfhahl«?

Es dauerte jedoch noch einige Jahre, bis sich diese Erkenntnis dann tatsächlich auch in der stadtentwicklungspolitischen Praxis der Städte wiederfand. Für den Westen Berlins waren in den 80er Jahren die Internationale Bauausstellung und die in ihrem Zusammenhang entstandenen »12 Grundsätze behutsamer Stadterneuerung« ein wichtiger Motor der Erneuerung. Die 12 Grundsätze sahen künftig behutsame Änderungen in den Quartieren vor, wie Begrünungen im Blockinneren und verbesserte Fassadengestaltungen. Öffentliche Einrichtungen sowie Straßen, Plätze und Grünbereiche sollten bedarfsgerecht erneuert und ergänzt werden. Wichtig waren hierbei zudem die begleitende Sozialplanung und die konsequente Beteiligung der Menschen vor Ort. Diesem Ansatz blieb auch das wiedervereinigte Berlin treu. In vielen Teilen der Stadt konnten so die spezifische Atmosphäre von Quartieren und deren soziale Mischung bewahrt sowie die Qualität urbanen Lebens im öffentlichen Raum gesichert werden.

Diesen Weg gilt es angesichts des derzeit starken Zuzugs in die Städte – und namentlich auch des Wachstums Berlins – weiter zu beschreiten: Wir dürfen nicht wieder auf den Stand der »unwirtlichen« Stadterneuerung zurückfallen, den Mitscherlich als »Kapitulation vor der hohen Kopfhahl« bezeichnete.

Allein im Jahr 2015 ist Berlin im Saldo um über 100.000 Menschen gewachsen und nach aktueller Bevölkerungsprognose rechnen wir mit einem weiteren Plus von rund 265.000 Einwohnern bis zum Jahre 2030. Größte Herausforderung angesichts der hierdurch explodierenden Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ist es, ausreichend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung zu stellen, die Menschen vor steigenden Mieten, Verdrängung und Obdachlosigkeit zu schützen. Berlin nutzt deshalb alle zur Verfügung stehenden Instrumente zur Mietpreisdämpfung und Schaffung neuen günstigen Wohnraums. Und Berlin »kapituliert« dabei nicht vor der »hohen Kopfhahl«: Auch wenn viel gebaut wird, wird Berlin nicht »verklotzt« wie es Mitscherlich noch in der »Unwirtlichkeit unserer Städte« schrieb. Leitender Gedanke ist auch in der wachsenden Stadt stets, die soziale Mischung in den Quartieren zu bewahren, integrierte Stadtteile und einen lebendigen öffentlichen Raum zu gewährleisten.

Nach dem »Berliner Modell« werden Investoren so etwa im Rahmen von Bauvorhaben an den Kosten zur Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur beteiligt und auf anteilige Errichtung von Sozialwohnungen verpflichtet. Beim Bau neuer Quartiere wird stets auf die Bereitstellung großzügiger Grün- und Freiflächen als »Begegnungs- und

Bewegungsräume« geachtet, wie wir es uns für die Hauptstadt auch insgesamt in unserem Stadtentwicklungskonzept – der »Berlin Strategie« – vorgenommen haben. Hierzu hat das Land Berlin unter der Überschrift »Gartenstadt des 21. Jahrhunderts« die Stadtgesellschaft und die Fachöffentlichkeit eingeladen, ihre Ideen zur nachhaltigen Gestaltung neuer Quartiere einzubringen.

Doch auch im Hinblick auf bereits bestehende Quartiere gilt es, die soziale Mischung und einen öffentlichen Raum der Begegnung und des Austauschs weiter zu gewährleisten. Eine wichtige Funktion nehmen hierbei die landeseigenen Wohnungsgesellschaften ein. Sie halten rund 20 % des Wohnungsbestandes in Berlin. Als nicht mehrwertorientierte Unternehmen erwirtschaften sie eine wertvolle »Stadrendite« für das Land: Das heißt, sie engagieren sich vor Ort für die Aufenthaltsqualität in den Straßen, für Kindergärten und Schulen, Jugendarbeit und Seniorenwohnungen, Kultur und Wirtschaft und für einen zukunftsorientierten Städtebau.

Integration klappt in Städten

Mit dem Quartiersmanagement stabilisieren wir Stadtteile, die drohen, von der gesamtstädtischen Entwicklung abgehängt zu werden und geben Hilfe zur Selbsthilfe. Das Quartiersmanagement eröffnet Zugänge zu Wissen, zu niedrigschwelligen Kulturangeboten und politischer Teilhabe. Unter konsequenter Beteiligung und Einbindung der Anwohner fördern wir in seinem Rahmen eine Vielzahl an Projekten zur Integration und Verbesserung des öffentlichen Raums.

Insbesondere die Aufgaben zur Integration haben angesichts der im letzten Jahr sprunghaft angestiegenen Flüchtlingszahl stark an Bedeutung gewonnen: Sprache, Bildung und Arbeit sind die Wege gelingender Integration. Unzählige Menschen engagieren sich in den Städten dafür, Flüchtlingen diese Wege auch zu eröffnen. Die hier praktizierte Willkommenskultur ist ein starkes Signal: »Die Stadt ist ein Ort, wo Fremde leben« und der »Fremde« findet in der Stadt – deren Wesenskern Differenz ist – auch seinen Ort. Fremdenfeindlichkeit hingegen ist provinziell. Daher sind Städte der Ort, wo Integration gelingen kann und muss. Die Menschen, die sich in den letzten Jahren im Quartiersmanagement engagierten, waren vielfach Avantgarde der Willkommenskultur.

Anwohner und Nachbarschaften zusammenbringen ist dabei nicht nur ein zentraler Aspekt des Quartiersmanagements: Berlin unterstützt dieses Ziel auf vielfältige Weise etwa in Form von Generationenwohnen und von innovativen Wohnprojekten gemeinschaftsorientierten Zusammenlebens.

Die soziale Mischung in den Quartieren und eine aktive Nachbarschaft, die Möglichkeiten des Nahkontakts schafft, sind wichtige Voraussetzungen für lebendige öffentliche Räume. Darüber hinaus bedarf es jedoch auch qualitätsvoller Frei- und Grünflächen. Sie machen allein in Berlin über 40 % des Stadtgebiets aus und leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit der Menschen und für ein erfülltes Leben mit der Natur. Sie bieten Möglichkeiten der Erholung, der Begegnung und des Austauschs. Sie sind zudem vielfach Anlass, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen: sei es in Berlin etwa im Rahmen der Kampagne zum Erhalt der Stadtbäume oder im Rahmen des immer populärer werdenden gemeinschaftlichen »Urban Gardenings«.

Die sich hierin ausdrückende Bereitschaft der Menschen zum Engagement müssen wir aufgreifen und für die Zukunft der Städte fruchtbar werden lassen. Berechtigte Anliegen müssen gehört und konstruktive Vorschläge in die Prozesse von Politik und Verwaltung integriert werden. In Berlin ist dieses etwa im Rahmen des sogenannten Mietenvolksentscheids gelungen. Der Senat hat viele Vorschläge der Initiative für bezahlbare Mieten und mehr demokratische Teilhabe von Mieterinnen und Mietern nach einem Dialog auf Augenhöhe aufgegriffen und in das dann vom Abgeordnetenhaus schließlich verabschiedete Berliner Wohnraumversorgungsgesetz integriert.

Eine Vielzahl partizipativer Formate, durch das Land angestoßen, ermöglicht es, unterschiedliche Lebensrealitäten, Interessenslagen und Wahrnehmungen in der Stadtgesellschaft aufeinander treffen und in die Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen. Beispielhaft sei hier die Stadtdebatte »Alte Mitte – neue Liebe« genannt, in deren Rahmen über die Zukunft der historischen Mitte Berlins diskutiert wurde. Dabei zeigte sich eindrucksvoll das klare Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf die demokratische Funktion des öffentlichen Raums, wenn als ein Ergebnis etwa der Raum vor dem Roten Rathaus in Berlin als ein lebendiger »Ort der Demokratie« erfahrbar gemacht werden soll: Die Menschen wollen ihr »Recht auf Stadt« wahrnehmen – sozial, politisch und kulturell an ihrer Stadt teilhaben. Und die Menschen wollen, dass sich ihr »Recht auf Stadt« auch in der räumlichen Organisation der Stadt abbildet.

»Das ist meine Stadt!« Diesen Satz sollten möglichst alle Menschen einer Stadt sagen können. Dieses mit dem Bewusstsein, dass städtische Identität nur unter den Bedingungen von Vielfalt und Differenz – als ein Leben unter Fremden – denkbar ist, zu ermöglichen, ist Aufgabe der Sozialdemokratie als moderne Großstadtpartei.



Andreas Geisel

ist Senator für Stadtentwicklung und Umwelt in Berlin.

senator@senstadtum.berlin.de

Johano Strasser

Die Urbanisierung der Welt

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt mittlerweile in Städten, in Nordamerika sind es 79, in Lateinamerika inklusive Karibik 78, in Europa 71, in Australien und Ozeanien 66, in Asien 45 und in Afrika 39 %. Die Gründe für den anhaltenden Zustrom vom Land in die Stadt sind auch heute im Kern noch dieselben wie in den vergangenen fünf, sechs Jahrhunderten: Was die Menschen bei ihrer Wanderung vom Land in die Stadt antreibt, ist oft blanke Not und Verzweiflung und die vage Hoffnung auf ein materiell gesichertes Leben, wenn nicht für sie selbst, so doch für ihre Kinder und Enkel. Aber nicht selten sind mit diesem Schritt auch Emanzipationshoffnungen verknüpft, wie wir sie aus vergleichbaren Wanderungsbewegungen in Europa seit